

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppon d

Inhalt

Eckart Kuhlwein MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für Bildung und Wissenschaft, zur Reagan-Ansprache an die deutsche Jugend: Einige Anregungen. Seite 1

Alwin Brück MdB, Mitglied der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages, zur Bonner Haltung zum EG-Beitritt von Spanien und Portugal: Widersprüchlich. Seite 3

Dr. Liesel Hartenstein MdB, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, zum Katalysator-Chaos der Bundesregierung: Unerträglich für den Wald, unakzeptabel für die Autoindustrie. Seite 5

Dr. Dietrich Sperling MdB, Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages, zur "Vereinfachung" des Wohnrechtes durch die Bundesregierung: Alles klar? Seite 6

40. Jahrgang / 51

14. März 1985

Was Reagan der Jugend wohl erzählen wird

Einige Anregungen für den US-Präsidenten

Von Eckart Kuhlwein MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für
Bildung und Wissenschaft

Nachdem es mit dem Auftritt im KZ Dachau nichts wurde, soll Ronald Reagan nun im Mai im Hambacher Schloß zur deutschen Jugend sprechen. Die wird wahrscheinlich voll Spannung darauf warten, was ihr der Präsident der größten Weltmacht zu erzählen weiß. Immerhin hängt davon, wie er entscheidet und handelt, die Zukunft unseres Planeten ab. Da wäre es doch denkbar und nicht zuviel verlangt, wenn er denn schon kommt, daß er frohe Botschaften mitbringt.

Wie wäre es zum Beispiel mit der frohen Botschaft, daß der "Krieg der Sterne" nicht weiter verfolgt wird, weil Abermilliarden Dollar in Afrika und Lateinamerika dringender gebraucht werden und weil immer mehr Waffen den Frieden nicht sicherer machen. Viele von der deutschen Jugend würden ruhiger schlafen, wenn er ihnen dies verspräche.

Wie wäre es mit der Botschaft, daß Kommunisten auch Menschen und damit Geschöpfe Gottes sind und nicht der leibhaftige Antichrist, und daß man deshalb den Frieden auf der Welt nur mit ihnen gemeinsam sichern kann und nicht, indem man sie - wo immer man stark genug ist - mit Feuer und Schwert bekämpft. Viele junge Menschen in Deutschland, auch wenn sie mit dem Kommunismus nichts am Hut haben, würden aufatmen, wenn Reagan so etwas sagte.

Oder wie wäre es mit der Ankündigung, daß die rechten Terrorbanden in Nicaragua und anderswo in Lateinamerika vom US-Geheimdienst nicht mehr unterstützt werden, weil die sozialen Probleme dort nicht mit Gewalt und Gegengewalt, sondern nur mit grundlegenden Reformen der Gesellschaft zu



lösen sind. Mancher junge Deutsche würde dann etwas weniger skeptisch sein, wenn er die großen Worte von der westlichen Allianz als "Wertgemeinschaft" hört.

Wie wäre es mit der Zusage, daß künftig auch in Reagans Heimat die Menschenrechte immer und überall Gültigkeit haben, daß die Farbigen nicht weiter diskriminiert werden, daß die Arbeitslosen nicht mehr an Suppenküchen Schlange stehen sollen, daß die Todesstrafe abgeschafft wird. Viele deutsche Jugendliche würden dann nicht mehr an der Doppelmoral westlicher Politik verzweifeln.

Wie wäre es schließlich mit dem Versprechen, daß die reichste Macht der Welt die Initiative ergreift, um die ökologischen Grundlagen des Lebens auf unserer Erde zu bewahren. Immerhin war unter Reagans Vorgänger jene Studie "global 2000" entstanden, die den Regierenden Vorschläge machte, wie die Welt noch zu retten ist. Jedenfalls nicht mit neuen Waffen und nicht nur mit immer mehr Computern. Die deutsche Jugend würde vielleicht Mut zur Zukunft gewinnen, wenn Reagan hierfür neue Perspektiven aufzeigte.

Wenn Reagan allerdings mit seinen gewohnten platten Sprüchen kommt, kann er sich die Rede an die deutsche Jugend schenken. Die ist inzwischen - über die Parteien hinweg - sensibler geworden und läßt sich mit Gemeinplätzen von Stärke und Zukunft nicht mehr abpeisen. Da aber die Rede nun nicht mehr zu verhindern ist, muß man ihm sagen, was Sache ist. Vielleicht ist ja der Helmut Kohl bereit, den Briefträger zu spielen. Ich schlage deshalb vor, dem Bundeskanzler zur Weiterleitung an den US-Präsidenten ein paar deutliche Anregungen mit auf den Weg zu geben.

Übrigens: Jeder kann an den Bundeskanzler schreiben. Die Anschrift ist leicht zu merken: Bundeskanzleramt, 5300 Bonn. (-/14.3.1985/rs/ks)

+ + +



Widersprüchliche Europa-Politik

Bonn und die Frage des EG-Beitritts von Spanien und Portugal

Von Alwin Brück MdB

Mitglied der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages

Die Europapolitik der Bundesregierung ist voller Widersprüche. Das ist in den letzten Monaten vor allem im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Beitritt Spaniens und Portugals deutlich geworden.

Auf der einen Seite wird immer wieder lautstark gefordert, der Beitritt Spaniens und Portugals müsse nun endlich vereinbart werden, auf der anderen Seite werden auch von der Bundesrepublik den beiden Ländern unzumutbare Verhandlungsangebote gemacht. Dabei hat es die Bundesregierung bisher gut verstanden, in der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob es vor allem am guten Willen Frankreichs, Italiens und Griechenlands mangle.

Aber die Bundesrepublik blockiert ihrerseits den Abschluß der Verhandlungen dadurch, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, in der Frage der Kindergeldzahlungen den beiden Ländern die gleichen Regelungen einzuräumen wie sie Griechenland zugestanden worden waren. Das ist für Spanien und Portugal diskriminierend und daher nicht zumutbar.

Geradezu verrückt werden die Widersprüche bei der Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft. Die Bundesregierung hat - unterstützt vom Deutschen Bundestag - ein Junktim hergestellt zwischen dem Beitritt der beiden Länder und einer Erhöhung des Mehrwertsteueranteils von einem Prozent auf 1,4 Prozent. Dieses Junktim haben auch die Sozialdemokraten für richtig gehalten.

Mit dem Junktim soll auf der einen Seite deutlich gemacht werden, daß zusätzlich in die EG-Kassen fließendes Geld vor allem die durch den Beitritt Spaniens und Portugals entstehenden Kosten abdecken soll. Auf der anderen Seite soll aber auch auf die Partner in der Europäischen Gemeinschaft sanfter Druck ausgeübt werden, damit diese sich dem Beitritt Spaniens und Portugals nicht länger widersetzen. Wenn nun aber - siehe oben - die Bundesregierung selbst den Beitritt der beiden Länder blockiert, erscheint der letztere Grund für das Junktim mehr als ab-



strus: Wir zahlen nur mehr bei Beitritt Spaniens und Portugals, aber wir sorgen auch dafür, daß sie nicht beitreten können.

Davon zu reden, daß mit dem durch die Erhöhung des Mehrwertsteueranteils vor allem die Kosten des EG-Beitritts Spaniens und Portugals finanziert werden sollen, kann im übrigen Kenner der europäischen Finanzen nur noch zu einem Lächeln reizen. Längst reicht das der Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung stehende Geld nicht mehr aus, die jetzt vorhandenen Ausgaben zu decken. Das war im vergangenen Jahr der Fall, als man sich mit der Hilfskonstruktion einer Vorschußzahlung half. Das ist in diesem Jahr der Fall. Und dieses Jahr hat man sich damit geholfen, daß man einen hinten und vorne, vor allem aber unterm Strich nicht stimmenden Haushalt vorgelegt hat. Man kann dabei fast von Betrug sprechen.

Und auch hier wird es abstrus. Da wird in Bonn lautstark über die mangelnde Haushaltsdisziplin in Europa geklagt. Was aber tut die Bundesregierung? Sie treibt die Ausgaben der Europäischen Gemeinschaft mit ihren Forderungen weiter in die Höhe. Den weitaus größten Brocken der EG-Ausgaben machen nun einmal die Ausgaben für die EG-Agrarpolitik aus. Deshalb will die EG-Kommission hier auch sparen und hat entsprechende Vorschläge für die diesjährige Preisrunde gemacht. Dagegen aber hat der Bundeslandwirtschaftsminister, unter dem Druck der deutschen Bauern stehend, schon lautstark protestiert. Er will mehr Geld ausgeben. Aber - die Bundesregierung will der Gemeinschaft nicht die höheren Einnahmen zugestehen, die diese erst recht braucht, wenn sich Herr Kiechle bei den Agrarministern durchsetzt. Allzuviel Widerstand werden seine Kollegen ihm sicher nicht leisten. Denn auch in den anderen EG-Mitgliedstaaten gibt es mächtige Bauernverbände. Und dann wird die Bundesregierung wieder rufen: "Haltet den Dieb!". Schuld sind dann wieder die anderen, die ja nicht so preußisch sparsam sind wie die Deutschen.

(-/14.3.1985/rs/ks)

+ + +



Katalysator-Chaos

Der Bonner Umgang mit dem Abgas-Problem ist unverträglich für den Wald
und unakzeptabel für die Autoindustrie

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Den gradlinigen Weg bei der Abgasentgiftung zu gehen, war diese Bundesregierung nicht in der Lage. Jetzt ist das Chaos komplett. Von einer "Strategie" der Bundesregierung zu reden, wäre absurd: die Automobilindustrie weiß immer noch nicht, woran sie ist; die Käufer sind verunsichert, in Brüssel setzt sich die Bundesregierung nicht durch, sondern ist einmal mehr auf dem Rückzug.

In einer Anhörung des Innenausschusses kamen weitere Schwachpunkte zu Tage:

- insgesamt sind bereits rund zwei Millionen PKW auf dem Markt (einschließlich Diesel), die die 50-Prozent-Reduzierung serienmäßig erfüllen, dafür künftig Steuervergünstigungen in Anspruch nehmen können, ohne daß jedoch eine reale Entlastung der Umwelt erfolgt,
- der steuerliche Anreiz zur Umrüstung von Altwagen der Stufe B (30-Prozent-Reduzierung) ist völlig ungenügend,
- die Abgasrückführungssysteme verlieren bei Geschwindigkeiten über 100 km/h erheblich an Wirksamkeit, also müßte eine Tempobegrenzung zusätzlich hinzutreten.

Harte Kritik gab es an der vom Bundesinnenminister in Brüssel signalisierten Bereitschaft, vom US-Testverfahren auf einen "Europa-Test" neuen Stils umzusteigen. Sollte dies der Fall sein, würde eine Zeitverzögerung von zwei bis drei Jahren eintreten.

Unverträglich für den Wald, aber noch unakzeptabler für die Autoindustrie. Sowohl die Vertreter des Umweltbundesamtes als auch des Verbandes der deutschen Automobilindustrie und des TÜV-Rheinland ließen keinen Zweifel daran, daß der US-Testzyklus aufrecht erhalten werden sollte. Er ist erprobt und erscheint unter allen bekannten Methoden als der geeignetste für die nächsten Jahre. Der US-City-Test sollte nach Vorschlag der UBA allerdings noch ergänzt werden durch den US-Highway-Test. Dann könnten zwei Drittel der Kfz adäquat erfaßt werden. Ein völlig neuer Testzyklus ist das letzte, was wir wollen, so der Vertreter der Automobilindustrie.
(-/14.3.1985/rs/ks)

+ + +



Alles klar?

Wie die Bundesregierung das Wohnrecht "vereinfacht"

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages

Bauminister Schneider hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem das Recht im Bereich des sozialen Wohnungsbaues einfacher und übersichtlicher werden soll. Offizielles Kürzel: WoVereinfG 1984.

Man muß das Gesetz schon genau anschauen, um zu sehen, wie damit das Wohnrecht einfacher, übersichtlicher und unbürokratischer wird.

Dazu einige Kostproben aus dem Text:

In Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 werden die Worte "und Schwerbehinderte" ersetzt durch die Textstelle "Schwerbehinderte, Vertriebene und Flüchtlinge im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes und Zuwanderer".

Paragraph 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe h wird der Klammerzusatz "(§§ 92 bis 96)" ersetzt durch den Klammerzusatz "(§§ 92 a bis 96)".

In Paragraph 64 Absatz 5 Satz 2 wird das Zitat "Paragraph 54 a Absatz 1 bis 4" durch das Zitat "Paragraph 54 a Absatz 1 bis 3" ersetzt.

"Kleinsiedlungen, deren Bau nach den Vorschriften dieses Gesetzes öffentlich gefördert wird oder bei denen die sachlichen Voraussetzungen für die Bewilligung öffentlicher Mittel vorliegen und die von der zuständigen Bewilligungsbehörde als Kleinsiedlung anerkannt worden sind, sind Kleinsiedlungen im Sinne von Paragraph 20 des Kapitels II des vierten Teils der dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 2331-8, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 5 Buchstabe e des Steueränderungsgesetzes 1966 vom 23. Dezember 1966 (BGBl. I S. 702), oder entsprechender landesrechtlicher Vorschriften."

Verstanden?

Fazit: Es reicht nicht aus, in schönen und gesetzten Worten von Vereinfachung und Entbürokratisierung zu reden. Man muß auch etwas davon verstehen.

(-/14.3.1985/rs/ks)

+ + +

